

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
SEPTEMBER 2004

**Präsident Bush geht mit Vorsprung in erstes Fernsehduell;
exquisite Wahlkampfanalysen;
Ohio, Königsmacher;
Republikaner und Demokraten haben die Seiten getauscht; Kritiker
der amerikanischen Wahlbeteiligung auf dem Holzweg?;
Konkurrenz für die Elfenbeinliga;
schwierige Zeiten für Non-Profits;
Kurvenreich: Die geographische Einkommensverteilung in
amerikanischen Städten;
Waffenkontrolle ohne Effekt?;
Europas Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf dem
Prüfstein;
die Tragödie von Beslan;
russisch-amerikanische Beziehungen im Wahlkampf;
neue Wirtschaftsstrukturen braucht die Welt;
schnell verdientes Geld macht Platz für Terroristen;
die unheilige Allianz von Fernsehen und Sex;
What's New?**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 6. Oktober 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Präsident Bush geht mit Vorsprung in erstes Fernsehduell; exquisite Wahlkampfanalysen; Ohio, Königsmacher; Republikaner und Demokraten haben die Seiten getauscht; Kritiker der amerikanischen Wahlbeteiligung auf dem Holzweg?; Konkurrenz für die Elfenbeinliga; schwierige Zeiten für Non-Profits; Kurvenreich: Die geographische Einkommensverteilung in amerikanischen Städten; Waffenkontrolle ohne Effekt?; Europas Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstein; die Tragödie von Beslan; russisch-amerikanische Beziehungen im Wahlkampf; neue Wirtschaftsstrukturen braucht die Welt; schnell verdientes Geld macht Platz für Terroristen; die unheilige Allianz von Fernsehen und Sex; What's New?

Kein Zweifel, fast alle Umfragen bestätigen, dass der Präsident gute Chancen hat, wieder gewählt zu werden. Wie und warum, damit beschäftigt sich die Punditocracy der Ostküste in den verbleibenden Wochen bis zur Wahl. Die amerikanische Parteienlandschaft hat sich schon lange gewandelt, meint Karl Zinsmeister vom AEI, mit Sicht auf die Einkommen ihrer Anhänger hätten Republikaner und Demokraten gar die Seiten getauscht. Die Europäer sollten ihre ungerechtfertigte Kritik am amerikanischen Wahlsystem für sich behalten, meint John Samples von CATO. Interessante Studien zur Einkommensverteilung und zur politischen Geographie des Landes hat Brookings in diesen Tagen veröffentlicht. John Lott vom AEI zetert über Waffenkontrollgesetze, und Greg Easterbrook meldet Zweifel am amerikanischen Eliteuniversitätssystem an. Nach der Tragödie von Beslan haben sich die wichtigsten Russland-Experten zu Wort gemeldet, auch die russisch-amerikanischen Beziehungen werden wieder deutlicher diskutiert. Außerdem: RAND hat Verbindung zwischen Fernsehen und frühreifem Sexualverhalten festgestellt.

Präsident Bush geht mit Vorsprung in erstes Fernsehduell

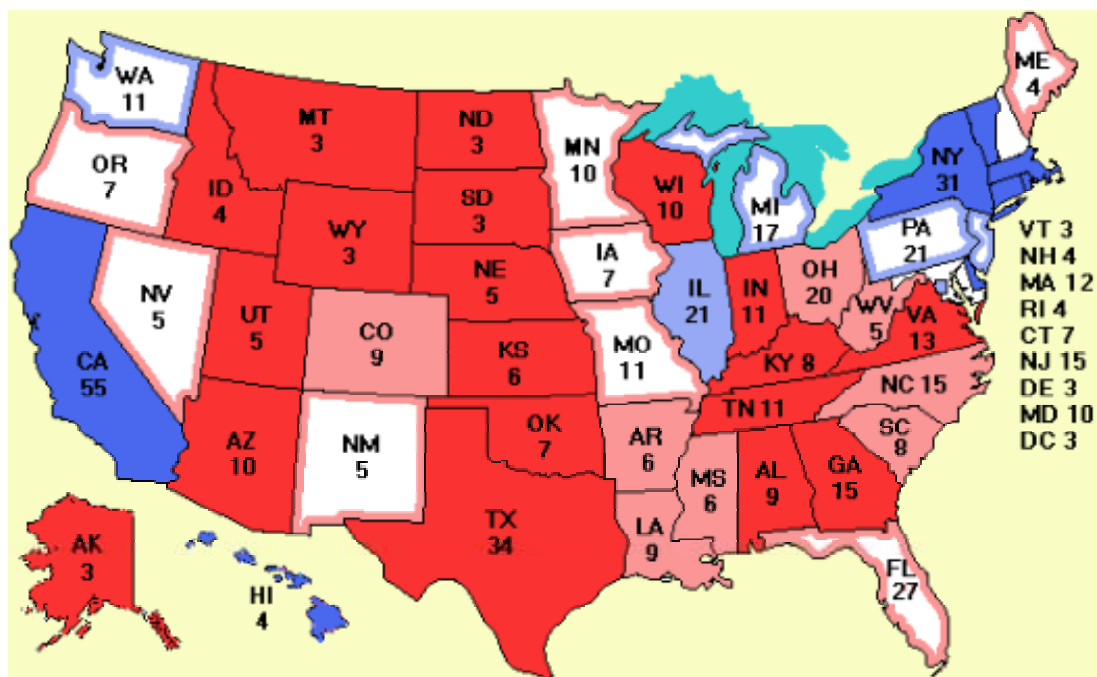
Nachdem Kerry noch im August in Führung lag, scheint die Wahlkampfstrategie der Republikaner, in dem der Herausforderer vor allem als politisch wankelmütiger „flip-flopper“ im Gegensatz zur starken Führungsfigur George W. Bush dargestellt wurde, Wirkung zu zeigen, wie eine aktuelle landesweite Gallup-Umfrage zeigt: 55 Prozent der wahrscheinlichen, also nicht unbedingt registrierten Wähler würden danach Präsident Bush und seinen Vize Dick Cheney dem demokratischen Kandidaten-Duo John Kerry und John Edwards (42 Prozent) vorziehen.

Democracy Corps, eine explizit Demokraten-freundliche Institution sah Kerry nur mit zwei Prozentpunkten hinter Bush; CBS errechnete 49 Prozent für Bush und 42 Prozent für Kerry. Die meisten Analysten sind sich einig: Allein am Parteitag der Republikaner liegt das nicht, vielmehr trauen die Wähler Kerry in puncto nationale Sicherheit nicht allzu viel.

Auch die aktuelle State-by-State-Berechnung zeigt Präsident George W. Bush mit 257 zu 181 Stimmen weit vor Senator John Kerry. 100 Wahlmännerstimmen sind „up for grabs“, d.h. **Bushs Vorsprung von 76 Stimmen** ist zwar recht gemütlich, kann aber durch die 100 noch nicht festgelegten Wahlmänner schnell verschwinden. Die Margen sind und bleiben winzig. Allerdings: Wäre heute (28. September) Wahltag, dann hieße der Präsident George W. Bush.

Die aktuelle Stimmverteilung (Stand 28. September 2004):

- Starker Vorsprung für Kerry (119)
- Schwacher Vorsprung für Kerry (24)
- Knapper Vorsprung für Kerry (64)
- Bush und Kerry gleich auf (14)
- Knapper Vorsprung für Bush (76)
- Schwacher Vorsprung für Bush (78)
- Starker Vorsprung Bush (163)



Quelle: www.electoral-vote.com

Umfragedaten sollen Auskunft über bestimmte Stimmungen im Land geben. Dabei ist es selbst für diejenigen, die während eines sozialwissenschaftlichen Studiums die Methoden der empirischen Sozialforschung erlernen mussten, oftmals nicht leicht verständlich, wie die Institute rein praktisch gesehen an ihre Zahlenbasis kommen. Meist funktioniert es so, dass Meinungsforscher Telefonlisten von Kommunen oder Telefonkonzernen kaufen. Mobiltelefonnummern mögen sie nicht (obgleich es in den USA genauso viel kostet, ein Handy anzurufen wie ein normales Telefon). Aber Handys benutzt man meist unterwegs, ergo in den ungünstigsten Situationen für ernsthafte Gespräche; darüber hinaus sind es in Amerikas Mobiltelefonlandschaft fast immer die Angerufenen, die die Kosten tragen müssen. Außerdem könnte es auch illegal sein, denn automatische Anrufe, die die meisten Umfragen machen, sind illegal, wenn sie Handynummern anwählen. Einzig positiv: Für Mobiltelefone gelten die „Do Not Call“-Listen nicht. Aber auch Festnetzanrufe bereiten Pollstern Kopfzerbrechen. Zur besten Anklingelzeit sind oft nur Hausfrauen und Ältere daheim, junge Berufstätige kommen selten vor 23 Uhr nach Hause, und dann wollen selbst Pollster nicht mehr angerufen werden. Die einzige Möglichkeit, all die Fehlermargen aus der Wahlkampfzeit wieder auszugleichen, bieten Exit-Polls am Wahltag selbst. Im Jargon der Sozialwissenschaftler heißt das „Normalisierung“.

Exquisite Wahlkampfanalysen

Naturgemäß bringen Think Tanks Wissenschaft und Praxis zusammen. In diesem Herbst stehen Politikwissenschaftler und Journalisten hoch im Kurs. Vor der Wahl sollen sie sagen, wie der nächste Präsident der Vereinigten Staaten heißt. Nach der Wahl sollen sie erklären, warum er es geworden ist. Einen besonderen Leckerbissen für Menschen, die sich dafür interessieren, warten die **Brookings Institution** und die **Princeton University**, genauer gesagt, deren **Woodrow Wilson School of Public and International Affairs**, an. Fünf mal kommen so renommierte Politologen wie **Alan Abramowitz** (**Emory University**), **Donald Green** (**Yale University**), **James Stimson** (**University of North Carolina, Chapel Hill**) zu Wort. Auch die Organisatoren sind keine Unbekannten: **Larry M. Bartels**, **Donald E. Stokes**, **Professor of Public and International Affairs der Woodrow Wilson School**, und **Thomas E. Mann**, **W. Averell Harriman Chair and Senior Fellow in Governance Studies at Brookings**.

Schwierige Zeiten für Non-Profits

In Zeiten leerer Kassen setzen Haushaltsexperten den Rotstift mit großer Regelmäßigkeit im sozialen Bereich an. Bedächtige Sparer schauen dann mit einiger Hoffnung auf den so genannten Nonprofit-Sektor. Anreize wie günstige Steuermodelle können diesem helfen, die einstigen Staatsleistungen bereitzustellen. Bisweilen gelingt ihnen das sogar besser, denn sie sind vor Ort und wissen genau, was den Menschen fehlt. Ihre Gelder, die aus verschiedenen Quellen stammen, können sie gezielt einsetzen. Doch wirtschaftliche Flauten setzen auch den Nonprofits zu. Am Boom der neunziger Jahre hatten sie teilgehabt; Privatpersonen und Firmen schrieben fleißig Schecks; Stiftungen schossen wie Pilze aus dem Boden. Gefüllte öffentliche Kassen ließen Regierungen aktiv werden. Jetzt steht dieses Bild auf dem Kopf, und anders als „der Staat“ können Nonprofits pleite gehen. Ihre Einnahmen sinken und ihre Aufgaben weiten sich aus, denn steigende Nachfrage nach sozialen Diensten lässt die Kosten derselben explodieren. Sie stehen dann vor der Wahl, „dünnere oder weniger Suppe“ zu kochen. Eine Studie des [Greater Washington, DC Programs der Brookings Institution](#), die die derzeit nicht allzu rosige Konjunktur in Washington, DC aufzeigt, hat herausgefunden, dass die Spenden für Nonprofits von 2001 bis 2002 um nur 0,5 Prozent gestiegen sind. Gleichzeitig erlebten Kommunen 2002 Einnahmeeinbußen von \$32,9 Milliarden, 2003 von \$34,6 Milliarden bzw. mehr als 7 Prozent, wie das [Aspen Institute](#) berechnet hat. Der Wirtschaftswissenschaftler [James Galbraith](#) schreibt, dass die Gouverneure für das Haushaltsjahr 2002 \$50 Milliarden weniger Einnahmen angegeben hatten. Für 2003 rechnet er mit ähnlichen Summen für die Kommunen. Ähnliche Prognosen gibt es für das laufende Jahr. Öffentliche Gelder und private Spenden stellen den Löwenanteil der Nonprofit-Budgets dar. Nonprofits in der Washington Metropolitan Area mussten daher teilweise neue Wege gehen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, wie die ausführliche Brookings-Studie zeigt (http://www.brookings.edu/metro/pubs/20040823_nonprofits.pdf).

Ohio, Königsmacher

Ohio, der Staat in der Grundmoränenlandschaft des Mittleren Westen mit seinen rund 11 Millionen Einwohnern und 20 Wahlmännerstimmen lehrt der Washingtoner *Punditocracy* derzeit ebenso das Fürchten wie den Wahlkämpfern von George W. Bush und John Kerry. Auch [David Frum](#), Chefpolemiker des [American Enterprise](#)

Institute, kann nicht an dem „Königsmacher-Staat“ vorbei (http://www.aei.org/news/newsID.21200,filter.all/news_detail.asp). Denn hier tobt der Wettbewerb um die Stimmen wie einst, im 18. Jahrhundert, der Kampf zwischen Weißen und Indianern, zwischen Briten und Franzosen. Noch nie hat ein Republikaner ohne Ohio die Präsidentschaft gewonnen. Kerry weiß das, nicht ohne Grund blies er hier zum Gegenangriff, nachdem Bush am 2. September seine „Acceptance-Speech“ in New York gehalten hatte. Von jetzt an bis zum Wahltag wird Kerry \$7 Millionen allein für Werbung in Ohio ausgeben; nur für Florida hat er noch mehr beiseite gelegt. Auch Kerrys Unterstützer außerhalb der Partei haben diesen Kurs eingeschlagen. In Cleveland singt der legendäre Rocker Bruce Springsteen zu Kerrys Gunsten. Frum zufolge stehen Kerrys Chancen in Ohio nicht schlecht. Nur in Michigan hätten noch mehr Menschen während Bushs Amtszeit ihre Jobs verloren; mehr als ein Drittel der Menschen in Cleveland lebten heute offiziell in Armut. Das ist landesweit die höchste Rate. Aber: Sämtliche Umfragen gäben Bush einen Vorsprung von zwei bis vier Punkten, bei wahrscheinlichen Wählern sind es sogar 9 Punkte. Frum erkennt drei Gründe, die für das ganze Land gelten sollen – trotz aller demokratischer Einheit. Bush ist bei seinen Parteigängern beliebter (90 Prozent) als Kerry bei den Demokraten (80 Prozent). Nach dem Parteitag der Republikaner liegt Bush bei Frauen um 5 Prozentpunkte vorn. Bush hat sich selbst als den entscheidungssichereren und prinzipientreueren Kandidaten etabliert. Ohio teilt sich in fünf Regionen, und in allen sprächen die Republikaner die ortsübliche Sprache, wie Frum vermerkt. 58.000 Freiwillige sind hier ständig unterwegs; Kerrys Wahlkampfmanager seien nicht so clever. Man bediene Ohio nur mit Telefonisten, die sich wer weiß wo aufhielten, jedenfalls nicht in Ohio. Und diese „Phonebanks“ seien auch noch mit Studenten besetzt, die ihre eigenen Handys (mit kostenlosen Wochenendgesprächen) nutzen müssten, schreibt Frum hämisch. Für ihn ist klar, dass John Kerry im Wahlkampf bisher versagt hat. Und die Rechnung dafür komme in etwas mehr als einem Monat.

Kritiker der amerikanischen Wahlbeteiligung auf dem Holzweg?

Seit Monaten schon bringt die anstehende Wahl des amerikanischen Präsidenten die Kritiker des US-Wahlsystems auf den Plan. Auch viele Europäer schauen skeptisch über den Atlantik und bemängeln die geringe Wahlbeteiligung. Kritiker, hier wie dort, meinen, die Gründe dafür zu kennen: Die Wähler seien zynisch geworden angesichts

der „big money campaigns“ und der negativen Wahlwerbung. John Samples, Direktor des Center for Representative Government beim Cato Institute, will eine Lanze für das bestehende System brechen (<http://www.cato.org/pubs/pas/pa524.pdf>). Stimmt, schreibt er, die Wahlbeteiligung ist niedriger als in den sechziger Jahren, doch der Einbruch habe in zwischen 1968 und 1974 stattgefunden. Seitdem sei der Wähleranteil stabil. Außerdem hätten ehrgeizige Studien über öffentliches Vertrauen in die Regierung und die Folgen von Wahlwerbung gezeigt, dass keines von beidem Einfluss darauf hat, ob jemand seinen Stimmschein ausfüllt oder nicht. Amerika habe schlichtweg eine andere Kultur und Geschichte als Europa, wo die viele Bürger zur Urne gehen. „Europäische Standards sind nicht geeignet, um über die amerikanische Wahlbeteiligung zu urteilen.“ Die Kritiker der amerikanischen Politik missverstünden die Wählerzahlen. Die vorgeschlagenen Änderungen – Einschränkungen der politischen Freiheit, wie Samples sie nennt –, Restriktionen hinsichtlich der Wahlkampffinanzierung und - Werbung, seien weder analytisch sinnvoll noch notwendig für eine gesunde politische Landschaft.

Republikaner und Demokraten haben die Seiten getauscht

Karl Zinsmeister vom American Enterprise Institute räumt mit einigen traditionsbedingten Vorurteilen zu den beiden großen amerikanischen Parteien auf (<http://www.aei.org/publication21157>). Danach gelten die Republikaner als Fürsprecher der Reichen und die Demokraten als Partei des kleinen Mannes. Das habe sich geändert. Vor allem, weil sich immer größere Teile der Mittelklasse der konservativen Ideologie nahe fühlen und die gebildete, kulturelle Elite sich selbst als liberal ansieht. Zinsmeister, der Chefredakteur von The American Enterprise, erklärt, dass die „little guys“, also ethnische Minderheiten, Bewohner ländlicher Gebiete, Evangelikaner, Bauarbeiter, Polizisten, Armeeveteranen usw., seit den 60ern in republikanische Richtungen wandern. Die reiche Elite – Finanziere, Akademiker, Erben, Medienbarone, Softwaremilliardäre, Entertainer – hingegen trifft sich seitdem vor allem in demokratischen Rängen wieder. Diesen Parteientausch haben die Meinungsforscher von Ipsos-Reid analysiert, indem sie Gemeinden untersuchten, die entweder bei der Wahl 2000 starke Mehrheiten für George Bush oder für Al Gore zeigten. Danach verdienten nur 7 Prozent der Menschen in „Pro-Bush-Counties“ mehr als \$100.000, aber 38 Prozent hatten weniger als \$30.000 im Jahr zur Verfügung. Ganz anders als in „Pro-Gore-Counties“, wo 14 Prozent der Einwohner

mehr als \$100.000 und 29 Prozent weniger als \$30.000 verdienen. Zwar hätten beiden Parteien ihre „Fat Cats“ (Spender mit sehr tiefen Taschen), doch die Demokraten lägen eindeutig vorn. Das meiste politische Geld komme heute von Anwälten, allein in diesem Jahr hätten sie den Kandidaten insgesamt \$112 Millionen spendiert; die gesamte Öl- und Gasindustrie habe lediglich \$15 Millionen investiert. 71 Prozent der Anwaltsgelder gingen an die Demokraten, der Rest an die GOP.

John Kerry sei also die perfekte Personifizierung der „Übernahme der Demokratischen Partei durch reiche Eliten“. Würde er im November gewählt, dann wäre er der reichste amerikanische Präsident aller Zeiten. Was heißt das nun für die Parteien in diesem Land, dem Elitismus schon immer abging? Nicht zuletzt hatten das die „Country-Club-Republikaner“ lernen müssen, die sich heute, nicht nur zahlenmäßig, von den „NASCAR-Republikanern“ verdrängt wissen. Elitismus, einst Makel der GOP, zeichne die Partei heute in den Augen ihrer Wähler nicht mehr aus. Im Gegenteil, der Konservatismus der GOP stehe nunmehr für „anti-elitär“. Während die Republikaner die Mitte besetzten, fänden die Demokraten ihre Anhänger ganz oben und ganz unten auf der Einkommensskala. Zinsmeisters Resümee: „Die alte Art, über U.S.-Politik zu denken – Kleiner-Mann-Demokraten versus reiche Republikaner –, ist heute ungefähr so akkurat und relevant wie eine Wettervorhersage von 1930.“

Konkurrenz für die Elfenbeinliga

„Wer braucht Harvard?“, fragt **Gregg Easterbrook** von den **Economic Studies der Brookings Institution** in einem lange Artikel für die Oktober-Ausgabe des **Atlantic Monthly**(<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/532be35421e9ff3e6bb04ca00a1415cb.xml>). Heute sei es ja schon fast ein Allgemeinplatz, dass schon die Annahme an einer so genannten Elite-Universität ein „goldener Reisepass“ für den Erfolg sei. Easterbrook spricht von „Admission mania“ und meint Eltern, die ihre Kinder unter Druck setzen, damit sie es in eine der 25 „Da-muss-man-rein“-Unis schaffen. In der ersten Elfenbeinliga spielen **Brown, Columbia, Cornell, Dartmouth, Harvard, Penn, Princeton** und **Yale**; ihnen dicht auf den Fersen sind **Amherst, Berkeley, Caltech, Chicago, Duke, Georgetown, Johns Hopkins, MIT, Northwestern, Pomona, Smith, Stanford, Swarthmore, Vassar, Washington University in St. Louis, Wellesley** und **Williams**. Während die Bewerberzahlen jährlich steigen, vergrößern diese Universitäten ihre Zugangszahlen nicht, wie Easterbrook erklärt. Immer

größerer Wettbewerb ist also inklusive, immer mehr Bewerber erhalten keine Zusage. Doch was, so der Ökonom, wenn es gar nicht stimmt, dass der Name der Alma Mater über den beruflichen Werdegang bestimmt? Das hatten die Wirtschaftswissenschaftler **Alan Krueger** (Princeton) und **Stacy Berg Dale** (Andrew Mellon Foundation) schon 1999 vermutet. Seit 1976 hatten sie Daten gesammelt und waren bei der Auswertung darauf gekommen, dass Absolventen einer Ivy-Uni zwanzig Jahre nach dem Abschluss zwar durchschnittlich 30 Prozent mehr verdienen als ihre Kollegen von weniger prestigeträchtigen Bildungsträgern. Doch gilt selbiges auch für solche Studenten, denen die Top-Unis einen goldenen Reisepass angeboten hatten, den sie aber zugunsten einer weniger „sexy“ Universität ablehnten. Das hieße also, dass letztlich wirklich nur zählt, was jemand drauf hat. Einige Anekdoten zeigen das. Im amerikanischen Senat sitzen derzeit 26 Ivy-Absolventen, wie Easterbrook schreibt, eine enorme Zahl, wenn man bedenkt, wie wenige Absolventen diese Universitäten insgesamt haben. Die Hälfte der Senatoren kommt dagegen von öffentlichen Colleges. Nur vier CEOs der Top-Ten Fortune 500 Firmen haben Ivy-Abschlüsse; das gilt auch für nur 16 der 32 diesjährigen Rhodes-Stipendiaten. Oder der Filmmacher **Steven Spielberg**, ihn hatten die berühmten Filmschulen abgelehnt, so dass er seine Ausbildung vom Cal State Long Beach erhielt. Der frühere **New-York-Times**-Bildungsexperte Loren Pope hat in seinem Buch *Looking Beyond the Ivy League* herausgefunden, dass Elfenbeinhochschulen bei weitem nicht so viele Berühmtheiten hervorbringen wie andere, weniger bekannte Colleges. Seitdem wirbt er für Schulen, die er vom Bildungsniveau her gleichauf mit den Ivies sieht, die aber nicht suggerieren, dass es beim Namen der Uni „um Leben und Tod“ geht, Studenten und Eltern also auch viel Stress erspart bleibt. (Eine Liste findet sich unter www.ctcl.com). Das zeigt sich auch an den Zulassungen zu den Graduiertenprogrammen: 61 Prozent der Jura-Studenten bei Harvard kommen nicht von einer Top-Uni. Das gute an dieser Entwicklung sei insgesamt, so Easterbrook: „Viele Familien, die sich private Colleges nicht leisten können, können ihre Kinder an eine staatliche Universität schicken, ohne dass das Einbußen in der Qualität der Bildung bedeutet.“

Paul Light von den **Governance Studies bei Brookings** hat diesen Faden weiter gesponnen (<http://www.brookings.edu/views/papers/light/20040913.pdf>). Nach seiner eben erschienenen Studie plagen sich vor allem wohltätige Organisationen mit einer

andauernden Vertrauenskrise. Dabei hatte man vermutet, dass ihnen gerade die Terrorattacken von 2001 einen enormen Aufschwung geben würden. Doch vor allem die öffentlichen Kontroversen um die Finanzierung des **September 11 Relief Funds** und Skandale um die **Nature Conservancy** und andere private Stiftungen haben dem entgegengewirkt. In Zahlen ist das Vertrauen in wohltätige Organisationen heute um 10 bis 15 Prozent niedriger als im Sommer vor den Anschlägen, schreibt Light.

Kurvenreich: Die geographische Einkommensverteilung in amerikanischen Städten

Dass sich selbst das Magazin **Foreign Policy** der so genannten *Metrosexuals* annimmt, zeigt, dass es in bestimmten Gegenden von Entscheidung ist, wo man seine Wohnung hat. In der Sprache der *Metrosexuals* lassen sich Mitmenschen mit dem Attribut „GU“ versehen, was soviel heißt wie „nett, aber geographisch *undesirable*, unerwünscht“. Mit anderen Worten: Im New Yorker Spanish Harlem sollte sich also nicht einmieten, wer „Freunde“ im Village haben möchte; nach Süd-Philadelphia verirrt sich niemand, der sonst auf dem Rittenhouse Square in der Innenstadt flaniert, und Washingtons Südosten ist Tabu für jemanden, der den Nordwesten der Regierungshauptstadt sein Zuhause nennt. **Alan Berube** und **Thacher Tiffany** von der **Brookings Institution** haben sich angeschaut, warum das so ist. Städte gelten ja gemeinhin als pulsierende Wirtschaftsmittelpunkte, sie ziehen Leute aus ländlichen Gegenden an, die ihr Glück *in the city* versuchen wollen (http://www.brookings.edu/metro/pubs/20040803_income.pdf). Die Brookings-Analyse zu den 100 größten amerikanischen Städten fand hingegen Folgendes heraus: Ein Viertel der Stadthaushalte verfügt über Einkommen, die im unteren Fünftel der nationalen Haushaltseinkommen liegen. Nur ein Sechstel der Stadthaushaltsbudget entspricht den Top-Einkommen im landesweiten Vergleich. Im Vergleich der Städte zeigen sich sechs Einkommensverteilungsmuster: In 13 Städten (z.B. Indianapolis) ähnelt es dem des ganzen Landes; eine Handvoll Metropolen (z.B. Washington, DC) lebt die Extreme auf der untersten und obersten Einkommensskala. In Mittelstandstädten wie Colorado finden sich die meisten Haushalte auf der mittleren Ebene. In Städten wie Memphis verringert sich die Zahl der Haushalte mit steigendem Einkommen. In den vergangenen 20 Jahren (1979 bis 1999) ist die Zahl der Haushalte mit hohem Einkommen in 79 der 100 Städte gesunken; die Zahl der Mittelstand-Städte ist im selben Zeitraum lediglich von 13 auf

20 gestiegen. Ganz anders sieht das Bild in *Suburbia* aus. Die Vorstädte ziehen steigenden Wohlstand an. Je besser jemand verdient, desto wahrscheinlicher ist sein Umzug in eine Gegend außerhalb der Stadtgrenzen. Das Problem, das Soziologen in dieser Entwicklung sehen, ist eben diese Flucht der Mittelklasse aus den Städten. Zwischen ganz Reichen und ganz Armen hinterlassen sie ein Vakuum, dass zur gefährlichen Desegregationserscheinungen führt. Desintegration?

Europas Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstein

Seit fünf Jahren hat Europa – offiziell – eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Philip H. Gordon, der Direktor des **Brookings Center on the United States and Europe**, hat seine Bilanz gezogen (<http://www.brookings.edu/views/articles/gordon/20040901.pdf>). Die Amerikaner hatten der Initiative durchweg positiv gegenüber gestanden, denn sie bedeutete, dass Europa endlich anerkannt hatte, dass es effektivere militärische Fähigkeiten brauchte. Statt diese aber schnellstmöglich zu materialisieren, hätte das offizielle Europa viel, viel Zeit und Energie aufgebracht, um die Richtlinien und Institutionen der GASP zu gestalten. Das sei angesichts der vielen Interessen, die da unter einen Hut zu bringen seien, zwar verständlich und vielleicht auch unvermeidbar. Doch viele Amerikaner seien mittlerweile frustriert darüber, dass Europa nicht gleichzeitig auch Capabilities herstellt. Sie sorgten sich, dass die GASP nur die NATO-Strukturen kopiere und die Entscheidungsfindung in der Allianz nur unnötig weiter erschwere. Andererseits wollten sie auch nicht zuviel nörgeln, da sie ja auch Angst hätten, dass Europa zum militärischen Rivalen Amerikas erwachsen könnte. Allerdings seien solche Gedankengänge derzeit unangebracht, da die USA, stark eingebunden im Irak und in Afghanistan, ein großes Interesse an einem starken – und potenziell unabhängigen – Militärpartner namens Europa habe. Washington sollte sich also mehr um die militärische Schwäche des Kontinents sorgen als um seine militärische Stärke.

Supermacht ohne Rücktrittserlaubnis

Thomas Donnelly, der Sicherheitsexperte des **American Enterprise Institute**, warnt den Präsidenten und seinen Herausforderer vor Isolationismus (<http://www.aei.org/publication21075>). Der Wahlkampf zeige, dass beide Parteien die vergangenen drei Jahre, die so genannten post-9/11-Zeit, als so etwas wie eine Anomalie ansähen. Während die Demokraten in Erinnerungen an die „guten alten

Zeiten der 1990er“ schwelgen, würden die Republikaner des Iraks müde. Sie versuchten von so kräftigen Parolen wie „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ abzulenken, die noch im vergangenen Jahr hoch im Kurs standen. Dabei vergäßen sie eines: Die USA können nicht einfach als „einzige Supermacht“ und Bürgin der derzeitigen globalen Weltordnung zurücktreten. Egal, wer von Januar 2005 an aus dem Weißen Haus regiert, die strategischen Aufgaben bleiben: Änderungen im Nahen Osten, Eindämmung des chinesischen Aufstiegs. Gleichzeitig gelte es, die amerikanischen Streitkräfte weiter umzustrukturieren, so dass sie auf allen Weltbühnen schnell reagieren können.

Waffenkontrolle ohne Effekt?

Gun Control ist in Amerika ein ebenso heißes Thema wie die Fuchsjagd in England oder der Stierkampf in Spanien. Vor ein paar Tagen ist hier das nationale Trageverbot für halbautomatische Waffen ausgelaufen. Befürworter des Verbotes fürchten nun, dass es wieder zu mehr Waffen-Kriminalität kommen wird. Keineswegs, antwortet ihnen **John Lott** vom **American Enterprise Institute**, das seien alles nur erfundene Horrorgeschichten, die das Waffenverbot rechtfertigen sollten. John Kerry habe diese Angstmache auf ein neues Level getrieben, indem er sagte, dass das Ende des Verbots „den Terroristen die Arbeit erleichtern“ würde. Dabei gebe es keine Studie, die solche Aussagen auch nur annähernd unterstütze, meint Lott. Waffenkontrollgesetze seien also schlechtweg für die Katz’.

Neue Wirtschaftsstrukturen braucht die Welt

Der **Council on Foreign Relations** hat soeben gemeinsam mit dem **International Center for Monetary and Banking Studies (ICMB)** und dem **Center for Economic Policy Research (CEPR)** die sechste Studie in seiner Reihe **Geneva Reports on the World Economy** veröffentlicht (http://www.cfr.org/pdf/Kenenpaper_Exec-Sum.pdf). Die Autoren **Peter Kenen** (CFR und Princeton), **Jeffrey Shafer** (Citigroup), **Nigel Wicks** (Euroclear) und **Charles Wyplosz** (CEPR) stellen voran, dass die **G7**-Struktur der Weltwirtschaft obsolet geworden ist und dass sie ersetzt werden sollte. Einerseits habe sich die Zahl der wichtigen Akteure auf dem globalen Markt erhöht, andererseits gebe es heute neue wichtige Währungen wie den Euro, andere, wie der chinesische Renminbi seien in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Regelrecht betrübt sind die Autoren über die Arbeitsweise des **Internationalen Währungsfonds**

(IMF), außerdem stellen sie wachsenden Widerstand zum „Agenda-Setting“ der G7 fest. Ihre Lösungsvorschläge lesen sich so: Eine neue Gruppe, die G4, sollte sich gründen. Hier würden sich die USA, die Eurozone, Japan und China gemeinsam mit Wechselkursen, Außenhandelsbilanzen usw. auseinandersetzen. Ein neuer „Agenda-Setter“, ein **Council for International and Economic Cooperation**, mit nicht mehr als 15 Mitgliedstaaten für das internationale Finanzsystem sollte sich zusammenfinden. Außerdem sollten der **UN-Generalsekretär**, der **Managing Direktor des IWF**, der **Präsident der Weltbank**, der **Direktor der Welthandelsorganisation** zu den Treffen eingeladen werden. Es gelte noch, den IWF zu stärken, so dass er in der internationalen Finanzkooperation eine zentrale Rolle spielen kann.

Schnell verdientes Geld macht Platz für Terroristen

„Emerging Markets“ hieß das Zauberwort der Banker und Investoren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Hier sah man die Friedensdividenden sprudeln, hier war viel Geld zu machen. Manche Länder haben es in höhere Sphären geschafft (Chile), viele andere nicht. Die, die als Akteure der Weltwirtschaft weiterhin ohne Bedeutung sind, könnten sich schnell in einen sicheren Hafen für Terroristen entwickeln, befürchtet **David Phillips**, der stellvertretende Direktor des **Center for Preventive Action beim Council on Foreign Relations** (http://www.cfr.org/pub7353/david_i_phillips/peace_dividends.php). Die Terrororganisation Al Kaida, die bei den afghanischen Taliban unterkam, sei nur ein Beispiel. Die Anwesenheit von multinationalen Konzernen können Terroristen abschrecken. Die Idee ist nicht neu, fällt sie doch unter das Konzept der **Corporate Social Responsibility** (CSR), für das besonders Deutschland einst mit seiner sozialen Marktwirtschaft berühmt geworden war. Mit den Jahren waren weltweit neue Faktoren hinzugekommen: Menschenrechte, Gesundheit am Arbeitsplatz, Transparenz, Umweltschutz usw. In vielen zu Konflikten neigenden Ländern hätten sich die Multis allerdings mit korrupten Regierungseliten arrangiert und fette Gewinne eingefahren. Die Bevölkerung sei daher grundsätzlich gegen Multis eingestellt. Ihr Vertrauen gäben sie dann lieber an Aufständige und Separatisten (siehe Angola, Sierra Leone und Kolumbien). Dagegen könnten die Multis nur noch mit guten Politiken und ehrlichem lokalen Engagement ankommen. Dann seien auf längere Sicht wirkliche Friedensdividenden zu verdienen.

Die Tragödie von Beslan

Die furchtbaren Ereignisse von Beslan lassen die Russland-Experten der Think Tanks rotieren. Jetzt sind Analysen gefragt, denn niemand weiß so recht, in welche Richtung Präsident **Wladimir Putin** steuert und wie es sich mit dem Terrorismus in den Krisenregionen Russlands verhält. **Andrew Kuchins**, der Direktor des **Moskauer Carnegie Centers**, gab folgende Überlegungen zu Protokoll (<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15794>): Putin scheint den Westen in Sachen Terrorismus aus zwei verschiedenen Blickwinkeln zu sehen. Einerseits schaue er in Richtung Washington, andererseits beschuldigt er die USA, die Terroristen in Russland zu unterstützen (in Washington hatte man angekündigt, sich mit tschetschenischen Separatisten treffen zu wollen; Moskau bezeichnet diese als Terroristen). Putin mache damit die USA zum Sündenbock der eigenen verfehlten Tschetschenienpolitik. Der Westen hingegen dürfe sich fürchten, denn Russland ist immer noch eine Nuklearmacht und sei auf dem besten Wege, immer instabiler zu werden. Wenn Terroristen wie die in Baslan nicht einmal davor zurückschreckten, Kinder zu erschießen, dann müsse das wohl auch für den Gebrauch von Atomwaffen gelten. Daher könnten nicht einmal solche amerikanischen Zirkel, die die Russen als „angeboren anti-russisch“ bezeichnen, an einer weiteren Schwächung des Landes interessiert sein. Vielleicht, so Kuchins, wäre es an der Zeit, dass die USA das öffentlich laut und deutlich sagen und gleichzeitig mehr Instrumente aus dem eigenen Anti-Terror-Werkzeugkasten anbieten. Allerdings habe auch Moskau in den vergangenen Jahren keine überschwänglichen Kooperationsangebote nach Washington geschickt. Das Misstrauen sei immer noch zu groß, als dass es sich leicht überwinden ließe. Nun schwelge Putin zwar in der Idee einer „Festung Russland“, die dem Terrorismus Einhalt gebieten soll. Doch Korruption und Inkompetenz auf allen Ebenen stünden diesem Gedanken entgegen. Er, Kuchins, habe jedenfalls kein Vertrauen in die russischen Sicherheitsapparate. Außerdem verstehe Putin nicht, dass Tschetschenien sein eigentliches Problem ist.

Michael McFaul, Russland-Experte bei Carnegie, führt die Gedanken seines Moskauer Kollegen weiter (<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15793>). Zwar wolle Putin einen starken Staat aufbauen, doch das nur, indem er seine eigene, die Macht des Präsidenten erhöht und die Checks and Balances sukzessive eliminiert. Putins Rechnung laute so: Demokratie ist gleich

Schwäche; Zentralautorität ist gleich Stärke. Diese Gleichung löst er nicht erst sei Beslan auf, seit seiner Machtübernahme habe der Präsident nach und nach jegliche politische Opposition ausgeschaltet oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Heraus kam ein Nullsummenspiel: Der Kreml gewann die Macht, um die er andere halbiert hatte. Dabei begreife Putin nicht, dass das Land zu groß und zu komplex ist, als dass es sich von einem Mann regieren lassen könnte. Eine Lektion, die schon alle anderen russischen Machthaber vor ihm hatten lernen müssen. Allerdings habe Beslan auch Kritiker auf den Plan gerufen, doch ob sie erhört werden?

Anatol Lieven fragt derweil, wie eine westliche Strategie für Tschetschenien aussehen könnte. Der Westen hatte lange darauf beharrt, dass die abtrünnige Kaukasusprovinz ein innerstaatliches Problem für Moskau darstellt und man sich nicht einmischen könne. Beslan zeige, wie fehl man mit dieser Annahme ging. Man müsse nun anerkennen, dass Putin zu Recht nicht mit Terroristen verhandelt hat, und man dürfe auch keine Prozesse fördern, die politische Macht in die Hände der Terroristen legen könnten. Es sei ja doch so gewesen, dass die radikalen Kräfte gegen die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Aslan Maskhadov revoltiert hatten, nachdem die Russen 1996 (bis 1999) abgezogen waren. In dieser Phase der de facto Unabhängigkeit hätten sie das Land in eine Basis für alle gemacht, die Russen und Westliche sowie andere Kaukasier kidnappten und ermordeten. Gemeinsam mit arabischen Islamisten hätten sie eine Kampagne ins Rollen gebracht, mit der sie Russland aus dem gesamten nördlichen Kaukasus zurückdrängen wollten. Eine westliche Strategie sollte demnach drei Punkte enthalten: (1) Sie sollte nur über Moskau laufen und uneingeschränkte Unterstützung für die territoriale Integrität Russlands enthalten, gleichzeitig aber Demokratie und Menschenrechte einfordern. (2) Den alten Herrschern um Maskhadov, die im politischen Asyl außerhalb Russlands leben, sollte man klar machen, dass ihre Glaubwürdigkeit gegen Null geht, weil sie damals versagt haben. (3) Der Westen sollte den Wiederaufbau der Kaukasusrepublik unterstützen und Friedenstruppen anbieten. Vielleicht klinge all dies unrealistisch, so Lieven, doch wenn der Westen nicht darauf vorbereitet sei, Verantwortung zu übernehmen, wie ernst solle man dann sein ständiges Moralisieren nehmen?

Russisch-amerikanische Beziehungen im Wahlkampf

Auf seinen "Election 2004"-Seiten (siehe Think Tank Update vom August 2004) hat der **Council on Foreign Relations** die Positionen von Senator **John Kerry** und Präsident **George W. Bush** zu Russland herausgearbeitet. **Stephen Sestanovich**, heute senior Fellow for **Russian and Eurasian Studies** beim CFR und früher Russland-Experte der **Clinton**-Administration, gibt die Eckpunkte vor: Die „strategische Partnerschaft“, die man sich nach dem Kollaps der Sowjetunion erhofft hatte, sei nie so recht in die Gänge gekommen. Probleme wie die Kriege auf dem Balkan und im Irak, die **NATO**-Osterweiterung, amerikanische Raketenabwehrprogramme, die Rubelkrise 1998, Tschetschenien usw. hätten die Regierungen der Länder immer wieder aneinander geraten lassen. „9/11“ hätten beide, Bush und Putin, als Chance für eine Neuauflage der strategischen Partnerschaft angesehen, obgleich die alten Probleme nachhallen. Die wichtigsten Unstimmigkeiten auf der russisch-amerikanischen Agenda gebe es unter den Überschriften (1.) Irak – obgleich beide sich dadurch nicht die Zukunft verbauen wollten; vor allem Russland sei an einer aktiven Rolle im Wiederaufbauprozess des Landes interessiert, wenngleich Moskau keine Soldaten senden will. (2) Nonproliferation – Russland wolle sich nicht seine Nuklearkooperation mit Iran verderben lassen; der Bau des Bushehr-Atomkraftwerkes, eines \$800-Millionen-Projekt, gehe weiter. Auch mit Blick auf Nordkorea bevorzuge Russland eigene Zurückhaltung. Ähnlich wie China spreche sich das Land für einen Dialog zwischen Washington und Pjöngjang aus. Russlands eigener, vor sich hin rottender Nuklearbestand besorge hingegen Washington. (3) Demokratie und Tschetschenien, (4) Beziehungen zu den Nachbarstaaten, (5) Energiekooperation und Handel. Folgende Fragen sollten die Wahlkämpfer daher beantworten: „Haben die USA Putin zu sehr vertraut? Wie können die Sicherheitsmechanismen um Russlands Massenvernichtungswaffen gestärkt werden? Können die USA Russland davon abhalten, seine Nachbarstaaten einzuschüchtern? Präsident **Bush** nennt die Beziehungen zu Russland „weit und stark“, die beiden Länder seien „Alliierte im Kampf gegen den Terror“. Für die Zukunft baut er auf Zusammenarbeit im Energiebereich und weitergehende, bilaterale Militärkooperationen. Im Mai 2002 hatten Bush und Putin in Moskau den **Strategic Offensive Reductions Treaty** unterzeichnet, wonach die Länder ihre Atomarsenale bis 2012 um zwei Drittel verringern wollen. John Kerry will Russland helfen, „die Grundlagen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken“; er spricht sich für die stärkere Einbindung des

Landes in die internationale Organisationenlandschaft aus. Den Strategic Offensive Reductions Treaty nennt Kerry „hohl“, da er nicht weit genug reiche und nicht die Vernichtung von Abschussanlage verlange.

Die unheilige Allianz von Fernsehen und Sex

Mitte September informierte das Dossier des Hamburger Wochenmagazins Die Zeit über die Anti-Sex-Bemühungen in Amerika. Ein interessanten Zusammenhang zum Thema haben jetzt die Forscher der Rand Health unter der Leitung von Rebecca Collins herausgefunden (<http://www.rand.org/publications/RB/RB9068/RB9068.pdf>). Die RAND-Studie hatte über 1700 Jugendliche zwei Jahre lang zu ihren Gewohnheiten befragt. Demnach sollen Jugendliche, die viel fernsehen, sexuell aktiver sein. TV-Shows, die über Sex reden, sollen auf Teenager genauso viel Einfluss haben wie sexuelle Betätigung selbst. Drei Stunden TV täglich sind das Mittelmaß eines amerikanischen Jugendlichen. Sex sei in den üblichen Shows etwas Alltägliches. Die Folge: ungeplante Schwangerschaften und Krankheiten. Die Implikationen: weniger Fernsehen mit anderen Inhalten.

What's New?

Elektronische Überlebenstipps von RAND

Der “Survival Guide” für Terrorangriffe, den die RAND Corporation vor einiger Zeit mit viel Werbung unter die Leute gebracht hatte, gibt es nun auch für Menschen, die den Bildschirm dem gedruckten Wort vorziehen, ergo als Programm für den Palm Pilot und seine Kleincomputerkollegen.

Rechtsexperte Jack Goldsmith beim AEI

Der Rechtsexperte Jack Goldsmith forscht als Visiting Scholar für einige Zeit beim American Enterprise Institute. Goldsmith ist Jura-Professor an der Harvard Law School und diente der amtierenden Regierung im Pentagon und als stellvertretender Justizminister im Office of Legal Counsel. Mit dem AEI ist er seit Jahren über die Forschung verbunden.

Literatur

Patricia Atkins, Mallory Barg, Joseph Cordes und Martha Ross, Thin the Soup or Shorten the Line: Washington-Area Nonprofits Adapt to Uncertain Times, The Brookings Institution Greater Washington Research Program, Washington, DC, August 2004. http://www.brookings.edu/metro/pubs/20040823_nonprofits.pdf.

Alan Berube und Thacher Tiffany, The Shape of the Curve: Household Income Distributions in U.S. Cities, 1979–1999, The Brookings Institution Greater Washington Research Program, Washington, DC, August 2004. http://www.brookings.edu/metro/pubs/20040803_income.pdf.

Thomas Donnelly, Force Size and Strategy, National Security Outlook, American Enterprise Institute, Washington, DC, September 2004. <http://www.aei.org/publication21075>.

Gregg Easterbrook, Who Needs Harvard?, The Brookings Institution & The Atlantic Monthly, Washington, DC, Oktober 2004. <http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/532be35421e9ff3e6bb04ca00a1415cb.xml>.

David Frum, The Many Faces of the Kingmaker State, American Enterprise Institute, Washington, DC, September 2004. http://www.aei.org/news/newsID.21200,filter.all/news_detail.asp.

Philip H. Gordon, EU Security and Defence Policy—the first five years (1999-2004), The Brookings Institution, Washington, DC, September 2004. <http://www.brookings.edu/views/articles/gordon/20040901.pdf>.

Peter Kenen, Jeffrey Shafer, Nigel Wicks und Charles Wyplosz, International Economic and Financial Cooperation: New Issues, New Actors, New Responses, Council on Foreign Relations, New York, September 2004. http://www.cfr.org/pdf/Kenenpaper_Exec-Sum.pdf.

Andrew Kuchins, Russia After Beslan, Mocsow Center of the Carnegie Endowment for International Peace, Moskau, September 2004. <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15794>.

Anatol Lieven, A Western Strategy for Chechnya, CEIP, Washington, DC, September 2004. <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15792>.

Paul C. Light, Sustaining Nonprofit Performance: The Case for Capacity Building and the Evidence to Support It, The Brookings Institution, Washington, DC, September 2004. <http://www.brookings.edu/views/papers/light/20040913.pdf>.

John Lott, Sun Sets on Assault Weapons Ban, Legislation Conceived in Darkness, American Enterprise Institute, Washington, DC, September 2004. http://www.aei.org/news/newsID.21201,filter.all/news_detail.asp.

Michael McFaul, State of Siege: Putin's Strong Hand Is Failing Russia, Carnegie Endowment of International Peace, Washington, DC, September 2004.

<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15793>.

David Phillips, Peace Dividends, Council on Foreign Relations, New York, September 2004. http://www.cfr.org/pub7353/david_i_phillips/peace_dividends.php.

Rand Health, Does Watching Sex on Television Influence Teens' Sexual Activity?, RAND Corporation, Washington, DC, September 2004. <http://www.rand.org/publications/RB/RB9068/RB9068.pdf>.

Karl Zinsmeister, Dem de la Crème, On The Issues, American Enterprise Institute, Washington, DC, September 2004. <http://www.aei.org/publication21157>.

John Samples, Three Myths about Voter Turnout in the United States, Cato Policy Analysis Nr. 524, Cato Institute, Washington, DC, September 2004. <http://www.cato.org/pubs/pas/pa524.pdf>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

The Heritage Foundation – Economy Watch: www.economywatch.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 6. Oktober 2004